

# Landesbehindertenrat Hessen

**Vorsitzende: Gabriele Naxina Wienstroer**

Friedensplatz 4, 35037 Marburg

Tel.: 06421-162342 E-Mail: [naxina-wienstroer@fib-ev-marburg.de](mailto:naxina-wienstroer@fib-ev-marburg.de)  
[naxina@gmx.net](mailto:naxina@gmx.net)

Landesbehindertenrat, Gabriele Naxina Wienstroer, Friedensplatz 4, 35037 Marburg

**Der Landesbehindertenrat Hessen befasst sich als Kollegialorgan mit Spitzenfragen der Behindertenpolitik und der Behinderten - Selbsthilfe in Hessen. Er bündelt die Interessen behinderter und chronisch kranker Menschen im Lande und kann so ihren Forderungen und Ansprüchen allen öffentlichen und gesellschaftlichen Instanzen und Institutionen gegenüber stärkeren Nachdruck verleihen.**

*Anlässlich der Landtagswahl am 8.10.2023 legt der Landesbehindertenrat Hessen folgende Wahlprüfsteine vor:*

## **Ausbau ambulanter Hilfestrukturen und des barrierefreien Wohnraumes**

Behinderte Menschen wollen ihre individuelle Lebens- und Wohnsituation selbstbestimmt gestalten.

Dazu ist ein flächendeckender Ausbau ambulanter Hilfsstrukturen, mit der Umsetzung geschlechtsspezifischer Pflege nach Wunsch der Betroffenen, sowie der Ausbau von barrierefreiem Wohnraum - auch für Menschen mit niedrigem Einkommen - dringend erforderlich. Ebenso muss die barrierefreie Gestaltung der Infrastruktur mehr in den Blick genommen werden, um nicht nur barrierefreien Wohnraum, sondern barrierefreien Lebensraum und damit Teilhabe zu ermöglichen.

*Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode die Forderungen des Landesbehindertenrates unterstützen?*

## **Schulische Inklusion**

Der LBR Hessen fordert die Umsetzung der Inhalte der UN- Behindertenrechtskonvention hinsichtlich schulischer Bildung: somit ist sicherzustellen, dass behinderte Menschen nicht aufgrund einer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Gleichberechtigter Zugang zum Bildungssystem auf allen Ebenen, von Grundschule über weiterführende Schulen. Dabei ist die Qualität zu sichern. Aufgrund der großen Bandbreite von Behinderungen, können unterschiedliche Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels erforderlich sein. Beispiel: Menschen mit Hörbeeinträchtigung und blinde-beziehungsweise sehbeeinträchtigte Menschen fordern für sich, dass sie keinesfalls auf die hochqualitativen Standards in ihren bisherigen Schulen verzichten wollen. Hier ist daher die Beschulung von nichtbeeinträchtigten Kindern mit ihnen gemeinsam an diesen Schulen zu realisieren. Gleichzeitig fordert der LBR in diesem Zusammenhang, die Regelschulen baulich so anzupassen, dass körperbehinderte Kinder problemlos eine

*Anmerkung: Hier wird der Begriff behinderte Menschen statt Menschen mit Behinderung verwendet, weil Menschen mit Beeinträchtigung durch die Gesellschaft behindert werden.*

Regelschule besuchen können. Zur Unterstützung behinderter Kinder in der Regelschule, braucht es unterschiedliche Ressourcen. Deshalb fordert der LBR die Anpassung der Ressourcen. Außerdem fordert der LBR die Implementierung des Themas Inklusion in den Lehrplan der Lehrer\*innen Ausbildung/ Weiterbildung.

*Welche Maßnahmen wird ihre Partei diesbezüglich ergreifen?*

## **Behinderte Frauen**

Behinderte Frauen sind sowohl gegenüber behinderten Männern als auch gegenüber nicht behinderten Frauen benachteiligt. Sie bilden das Schlusslicht auf dem Arbeitsmarkt, sind besonders häufig von sexualisierter Gewalt betroffen und erhalten als Mütter nach wie noch zu wenig Unterstützung.

Der Landesbehindertenrat Hessen fordert, dass die Situation von behinderten Frauen bei allen behinderten- und frauenpolitischen Maßnahmen als Querschnittsaufgabe gemäß Artikel 6 BRK berücksichtigt wird. Wie in Artikel 16 BRK festgeschrieben, sind unter anderem wirksame Schutzmaßnahmen gegen sexualisierte Gewalt zu treffen, die Barrierefreiheit der Zufluchtseinrichtungen auszubauen, sowie die gynäkologische Versorgung sicherzustellen.

*Welche Maßnahmen wird die Partei diesbezüglich ergreifen?*

## **Ambulante medizinische Versorgung von behinderten Menschen**

Medizinische und therapeutische Versorgungsstrukturen, insbesondere im ambulanten Bereich, sind nur zu einem extrem geringen Teil barrierefrei zugänglich. Der LBR fordert hier zeitnah nach Besserung.

*Welche Maßnahmen zur langfristigen Verbesserung wird Ihre Partei ergreifen?*

## **Behinderte Menschen und Arbeitsmarkt**

Die Arbeitslosigkeit unter behinderten Menschen, besonders bei behinderten Frauen, ist - im Vergleich zu Menschen ohne Beeinträchtigung- wesentlich erhöht.

Wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode Maßnahmen / Arbeitsmarkt-Programme initiieren / durchführen, um der Arbeitslosigkeit von behinderten Menschen (insbesondere behinderter Frauen) entgegenzuwirken und somit zur Umsetzung des Artikels 27 BRK beizutragen?

Bisher erhalten behinderte Menschen, wenn sie nur bis zu 15 Stunden arbeiten, keine Arbeitsassistenz. Dies muss im Rahmen der Gleichbehandlung unbedingt verbessert werden.

*Welche Maßnahmen wird die Partei diesbezüglich ergreifen?*

## **Lebenslanges Lernen – Barrierefreie Bildung**

Auch behinderte Menschen stehen der Herausforderung des „Lebenslangen Lernens“ gegenüber. Aufgrund von Barrieren wird ihnen jedoch der Zugang bzw. die Nutzung von Bildungsangeboten erschwert oder unmöglich gemacht (z.B. kein rollstuhlgerechter Eingang der Bildungsinstitution oder fehlende Kommunikationshilfen-

*Anmerkung: Hier wird der Begriff behinderte Menschen statt Menschen mit Behinderung verwendet, weil Menschen mit Beeinträchtigung durch die Gesellschaft behindert werden.*

Gebärdensprachdolmetscher, Schriftdolmetscher, Assistenz für blinde / sehbehinderte Menschen, sowie Menschen mit kognitiven Einschränkungen).

*Durch welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur Erhöhung der Zugänglichkeit des Bildungsangebotes für behinderte Menschen beitragen?*

## **Die Teilhabe behinderter Menschen im Rahmen der Umsetzung des BTHG**

Das BTHG stellt die Partizipation behinderter Menschen und die Stärkung ihrer Selbstbestimmung in den Fokus.

Das Bundesteilhabegesetz sollte durch das Land Hessen so umgesetzt werden, dass behinderte Menschen nicht erst gegen restriktive Auslegungen oder Verfahrensrichtlinien klagen müssen, um die gesetzlichen Vorgaben auch tatsächlich in Anspruch nehmen zu können.

*Wie unterstützt Ihre Partei die adäquate Umsetzung des BTHG?*

## **Vertretung im Rundfunkrat**

Der Landesbehindertenrat Hessen fordert die Aufnahme des Landesbehindertenrates als Vertretung von behinderten Bürger\*innen in den Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks.

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Landesbehindertenrat im Rundfunkrat vertreten ist?*

## **Persönliches Budget als starkes Instrument der Selbstbestimmung**

Der Gesetzgeber eröffnete 2005 mit dem Persönlichen Budget die Möglichkeit für behinderte Menschen, ambulante Hilfen/ Assistenz selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu organisieren, ohne auf einen ambulanten Dienst angewiesen zu sein. Der Landesbehindertenrat Hessen weiß, dass diese Möglichkeit nur wenig behinderte Menschen nutzen. Gerade Menschen mit hohem Hilfebedarf nutzen dies sehr selten, weil der Kostenträger monatlich zu wenig für die Hilfen bezahlt. Die bewilligte Finanzierung bleibt deutlich unter den Sachleistungskosten der ambulanten Dienste. Somit ist es für die betroffenen Personen äußerst schwierig, ihre umfangreichen Hilfen zu organisieren. Hier braucht es Abhilfe, auch bezüglich der oft überbordenden und prohibitiv-wirkenden bürokratischen Hürden. Außerdem sollten die verlangten Dokumentationen und Nachweispflichten, auf das wirklich erforderliche Maß beschränkt werden.

*Wie unterstützen Sie als Partei eine angemessene Finanzierung und praktische Umsetzung des Persönlichen Budgets?*

## **Gewaltschutz in stationären Einrichtungen**

Wenn Menschen mit starker Beeinträchtigung in stationären Einrichtungen leben, bedeutet dies, dass sie in ihrem Alltag auf große Aspekte der Selbstbestimmung verzichten müssen. Sie können in der Regel nicht selbst über ihren Alltag und ihren Tagesablauf bestimmen. Ebenso können sie auch nicht entscheiden, wer sie wann wo pflegt. Dies sind Aspekte von struktureller Gewalt. Ein weiterer Aspekt von struktureller Gewalt ist die mangelnde

*Anmerkung: Hier wird der Begriff behinderte Menschen statt Menschen mit Behinderung verwendet, weil Menschen mit Beeinträchtigung durch die Gesellschaft behindert werden.*

Umsetzung geschlechtsspezifischer Pflege. Leider gibt es nach wie vor kein verbrieftes Recht auf eben diese.

Besonders deutlich wurden die strukturellen Gewaltverhältnisse während der Covid-Pandemie. Auch jetzt fehlt es immer noch in vielen Einrichtungen an den Nutzungsmöglichkeiten von digitalen Kommunikationsmitteln. Der Landesbehindertenrat weiß aber auch, um die individuelle Gewalterfahrung Einzelner.

*Was wird ihre Partei machen, um den Gewaltstrukturen entgegen zu wirken?*

## **Gewaltschutz in ambulanten Bereich**

Menschen im ambulanten Bereich insbesondere im ländlichen Raum können bei bestehendem Anbietermarkt in der Pflege kaum noch entscheiden, wer sie wann wo pflegt. Dies sind Aspekte von struktureller Gewalt. Ein weiterer Aspekt von struktureller Gewalt ist die mangelnde Umsetzung geschlechtsspezifischer Pflege auch im ambulanten Bereich. Leider gibt es nach wie vor kein verbrieftes Recht auf eben diese. Individuelle Gewalterfahrungen, auch im ambulanten Bereich, sind dem Landesbehindertenrat ebenfalls bekannt.

*Was wird ihre Partei machen, um den Gewaltstrukturen entgegen zu wirken?*

## **Verbesserungen der digitalen Kommunikation für behinderte Menschen**

Viele behinderte Menschen leben aufgrund ihrer Beeinträchtigung vom Bürgergeld, somit sind sie oft nicht in der Lage, sich einen PC/ ein Tablet oder ähnliches zu finanzieren. Gerade die Covid-Pandemie hat uns gezeigt, wie rasch Menschen, die nicht über digitale Kommunikationsmittel verfügen, ausgeschlossen sind. Zu Zeiten von Covid gab es viele online Veranstaltungen auf denen viele behinderte Menschen aufgrund ihrer finanziellen Lage nicht teilnehmen konnten. Ihnen fehlten schlicht Soft- und Hardware. Deshalb fordert der Landesbehindertenrat, dass behinderte Menschen, die nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügen, von Seiten des Landes Hessen mit u.a. Computern und den notwendigen digitalen Zugängen ausgerüstet werden. Digitale Angebote, insbesondere der öffentlichen Hand/Verwaltung, müssen barrierefrei gestaltet werden und analoge barrierefreie Strukturen dürfen nicht ersatzlos wegfallen.

*Wie unterstützt ihre Partei diese Forderung?*

## **Verbesserung der Hilfeleistungen im sozial-psychiatrischen Bereich**

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die psychosozialen Strukturen in Hessen unzureichend sind. Es herrscht ein Notstand im Bereich der psychiatrischen Strukturen. Leider müssen wir feststellen, dass es zu wenig Betten im psychiatrischen Bereich gibt. Außerdem arbeiten die Beratungsstellen nur bis 17 Uhr. Bei psychischen Krisen, die nach 17 Uhr auftreten so wie am Wochenende, bleibt nur die Psychiatrie, hier gibt es aber zu wenig Betten. Insofern muss der Landesbehindertenrat feststellen, dass die Unterstützung psychisch kranker Menschen in Hessen nicht ausreichend ist. Es gibt landesweit keinen Krisendienst der Rund-um-die-Uhr anlaufbar ist. Findet man trotz allem einen Behandlungsplatz in einer Klinik, ist nicht sichergestellt, dass es nach der Entlassung keine Probleme mehr gibt. Denn es mangelt an flächendeckenden Anschlussbehandlungsmöglichkeiten für Betroffene nach einem Aufenthalt in der Psychiatrie.

*Anmerkung: Hier wird der Begriff behinderte Menschen statt Menschen mit Behinderung verwendet, weil Menschen mit Beeinträchtigung durch die Gesellschaft behindert werden.*

*Durch welche Maßnahmen wird ihre Partei die Situation für psychisch Kranke verbessern?*

Selbstverständlich stehen wir für Rückfragen zur Verfügung. Wir freuen uns auch auf ein gemeinsames Gespräch mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen,

Gabriele Naxina Wienstroer

*Anmerkung: Hier wird der Begriff behinderte Menschen statt Menschen mit Behinderung verwendet, weil Menschen mit Beeinträchtigung durch die Gesellschaft behindert werden.*